

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1953

61/J

A n f r a g e

der Abg. P r e u ß l e r, V o i t h o f e r, Marie E m h a r t und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Vermehrung der Dienstposten beim Paßamt und bei der Grenzpolizei
der Polizeidirektion Salzburg.

-.-.-

Aus Pressemeldungen und aus zahlreichen persönlichen Vorsprachen und Zuschriften erfuhren die unterzeichneten Abgeordneten, daß im Paßamt der Polizeidirektion Salzburg derart wenig Beamte Dienst machen, daß die Parteien stundenlang auf die Abfertigung warten müssen. Zurzeit sind 10 Bedienstete im Paßamt beschäftigt, die den starken Parteienverkehr nicht bewältigen können.

Es ist den anfragenden Abgeordneten bekannt, daß das Bundesministerium für Inneres vor kurzer Zeit eine kleine Vermehrung des Personalstandes bewilligte, jedoch reicht auch diese nicht aus, um einen normalen Parteienverkehr durchführen zu können. Es wirft sicherlich kein gutes Licht auf die Fremdenverkehrsstadt Salzburg, wenn vor allem in den Sommermonaten täglich Menschen schlägen vor dem Paßamt der Bundespolizeidirektion stehen und auf die Erledigung ihrer Paßeinreichungen und Grenzübertrittscheine warten müssen.

Eine ebensolche Behinderung des Fremdenverkehrs entsteht durch die geringe Anzahl der Dienstposten für die Grenzpolizei im Bereich der Bundespolizeidirektion Salzburg. Der derzeitige Personalstand beträgt 23 Mann (einschließlich fünf Zukommendierter) für die drei Grenzstellen: Salzburg Hauptbahnhof, Rott und Salzburg Flughafen.

Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, daß schon jetzt - vor Beginn der Hauptsaison - die Züge im Salzburger Hauptbahnhof eine viertel bis eine halbe Stunde Verspätung bekommen, weil die Kontrolle aus Personalmangel nicht durchgeführt werden kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e n

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, auf Grund der oben dargelegten Sachlage für eine Personalvermehrung beim Paßamt und bei der Grenzpolizei im Bereiche der Bundespolizeidirektion Salzburg Sorge zu tragen, um auf diese Weise die Entlastung der dort beschäftigten Angestellten herbeizuführen und damit eine reibungslose und rasche Durchführung aller Paßangelegenheiten zu ermöglichen?

2.) Sollte die Durchführung der oben geforderten Maßnahmen nicht möglich sein, ersuchen die gefertigten Abgeordneten den Herrn Bundesminister, die Gründe hierfür anzugeben?

-.-.-.-.-